

**Ministerrede für das 2. Stadthäger Wirtschaftsgespräch am 06.10.2006
„Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung 2007“**

Anrede,

zunächst möchte ich herzlich Dank sagen für die Einladung, hier im Rahmen der 2. Stadthäger Wirtschaftsgespräche zu Ihnen sprechen zu dürfen. Ich freue mich, dass Ihre Einladung auf so große Resonanz gestoßen ist. Sie haben mich gebeten, nicht nur allgemeine Äußerungen zur aktuellen wirtschaftlichen Lage in Niedersachsen und zu den aktuellen wirtschaftspolitischen Schwerpunkten der Landesregierung zu geben sondern insbesondere auf die Folgen der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007 einzugehen. Dies will ich gern tun.

(Zur aktuellen wirtschaftlichen Lage in Niedersachsen)

Anrede,

Der allgemeine wirtschaftliche Aufschwung hat auch Niedersachsen erfasst: Die niedersächsische Wirtschaft hat sich im ersten Halbjahr dieses Jahres weit dynamischer als in den vergangenen Jahren entwickelt: Das Bruttoinlandsprodukt stieg real um 1,8 Prozent. Treiber der Entwicklung war vor allem das verarbeitende Gewerbe. Dort stieg die Bruttowertschöpfung um immerhin 5,7 Prozent. Der Blick auf die Auftragseingänge zeigt, dass sich der positive Trend auch in den kommenden Monaten fortsetzen wird. Im Vergleich zum Vorjahresmonat stiegen die Auftragseingänge nominal um 15 %. Die Auslandsnachfrage legte dabei mit 18 % noch stärker zu.

Die positive Entwicklung spiegelt sich auch in den Exportdaten und anderen Indikatoren wieder: Im März wurden erstmals Waren im Wert von über 6 Mrd. Euro ausgeführt. Die Nachfrage im Bauhauptgewerbe stieg um 5 Prozent, die Zahl der Gästeübernachtungen um 4 Prozent. Auch der Einzelhandelsumsatz ist leicht gestiegen.

Diese Daten werden von guten Umfrageergebnissen der IHKn bestätigt. Der Konjunkturindikator für Niedersachsen liegt aktuell im dritten Quartal 2006 bei 115 Punkten (von max. 200). Eine Ursache sind die konstant expansiven Investitionsplanungen. Seit Beginn der Legislaturperiode hat er sich immerhin um rund 35 Punkte verbessert. Die Geschäftsentwicklung der Industrie hat sich in fast allen Branchen erneut verbessert.

(Aktuelle Lage auf dem Arbeitsmarkt)

Auch auf dem Arbeitsmarkt hat sich die Situation spürbar verbessert. Sowohl die Arbeitslosigkeit als auch die Jugendarbeitslosigkeit gingen im September so stark zurück wie seit 6 Jahren nicht mehr!

Im September waren in Niedersachsen rund 44.000 Menschen weniger arbeitslos als zwölf Monate zuvor, dies entspricht einem Rückgang der Arbeitslosigkeit um rund 10 Prozent! Die Arbeitslosenquote ist mit 9,8 Prozent endlich wieder unter die 10-Prozent-Marke gefallen. Die Zahl der Arbeitslosen hat erstmals seit Inkrafttreten von Hartz IV die Marke von 400.000 unterschritten (Bestand 391.000).

Die positive Wirtschaftsentwicklung der vergangenen Monate hat auch den Rückgang bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gestoppt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist gegenüber dem Vorjahr um rund 15.000 gestiegen (Stand Juli). Motor dieser positiven Entwicklung sind weiterhin die unternehmensnahen Dienstleistungen.

(Positive Konjunktorentwicklung kein Grund zur Entwarnung – die Mehrwertsteuererhöhung bremst das Wachstum)

Anrede,

So erfreulich die positive konjunkturelle Entwicklung ist: Sie darf uns nicht zum Trugschluss verführen, dass die gravierenden Strukturprobleme in Deutschland

schon gelöst seien. Das Gegenteil ist der Fall. Ich werde darauf eingehen.

Die Experten sagen für das nächste Jahr bereits eine Abschwächung des Wachstums voraus. Vor allem die überflüssige und schädliche Mehrwertsteuererhöhung wird deutliche Bremsspuren hinterlassen. Auch deswegen habe ich vor einer Mehrwertsteuererhöhung immer gewarnt!

Niedersachsen hat – wie alle FDP-mitregierten Länder – der Erhöhung nicht zugestimmt.

(Die Mehrwertsteuererhöhung und ihre Folgen)

Anrede,

die drastische Mehrwertsteuererhöhung um immerhin drei Prozentpunkte zum 1. Januar 2007 ist aus meiner Sicht eine krasse Fehlentscheidung der Großen Koalition. Sie ist nicht nur unnötig sondern auch im hohen Maße schädlich. Und das aus vielen Gründen:

Die Mehrwertsteuererhöhung schwächt die Kaufkraft und damit die Konjunktur:

Die Mehrsteuererhöhung wird rund 24 Milliarden Euro in die Kassen des Bundes und der Länder spülen. Gleichzeitig wird den privaten Haushalten in massiver Weise Kaufkraft entzogen. Dies wird zu einer deutlichen Abschwächung der Konjunktur führen. So rechnen die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute mit einem Dämpfer für das BIP-Wachstum von rund einem halben Prozent. Im Frühjahr gingen die Konjunkturforscher für 2007 konkret von einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von nur 1,2 Prozent aus. Inzwischen mehren sich die Stimmen, die immerhin ein Wachstum von 1,5-1,6 Prozent für möglich halten.

Aber meine Damen und Herren,

ein BIP-Wachstum von 1,5 Prozent reicht nicht, wenn sich die spürbare Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt auch im nächsten Jahr fortsetzen soll. Wir

brauchen die aktuelle Wachstumsdynamik auch für das nächste Jahr!

Ich fürchte: Die geplante Mehrwertsteuererhöhung wird die Konjunktur, die endlich an Fahrt gewonnen hat, zum Jahresende bereits wieder abwürgen.

Die Mehrwertsteuer treibt die Preise

Die Mehrwertsteuererhöhung wird natürlich auch auf die Preise wirken. Die Unternehmen werden versuchen, die Mehrwertsteuererhöhung möglichst weitgehend auf die Verbraucher abzuwälzen. Eine Modellrechnung des Statistischen Bundesamtes geht von einem Preisniveaueffekt von bis zu einem Prozent aus. Im Zusammenhang mit den gestiegenen Öl- und Benzinpreisen treibt das natürlich die Preisspirale zusätzlich an. Die Wirtschaftsforschungsinstitute sehen deshalb einen Preisanstieg von immerhin **2,5 Prozent** im nächsten Jahr. Dies wird natürlich nicht folgenlos auf die Lohnforderungen der Gewerkschaften bleiben.

Was bedeutet das z.B. für den Landeshaushalt? Eine Erhöhung der Löhne und Gehälter für die Landesbediensteten um einen Prozent kostet rund 80 Mio. Euro.

Anrede,

da ist die Gefahr groß, dass hier nur von der linken in die rechte Tasche gewirtschaftet wird, aber am Ende kaum etwas von den Mehreinnahmen übrig bleibt.

Mehrwertsteuer und Haushaltskonsolidierung

Die Bundesregierung begründet die Mehrwertsteuererhöhung vor allem damit, dass dies zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte unumgänglich sei. Immerhin wird sie ja rd. 16 Mrd. Euro in die Kassen des Bundes und der Länder spülen, 8 Mrd. Euro sollen zur Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung genutzt werden.

Anrede,

die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung wird grundsätzlich ja niemand in Frage stellen.

Aber meine Damen und Herren:

Steuererhöhungen können doch den eigentlich notwendigen konsequenten Sparkurs und eine konsequent auf Wettbewerb und Wachstum ausgerichtete Politik nicht ersetzen!

Die Bundesregierung geht diesen schwierigen Weg offensichtlich nicht: Sie versucht nicht, die öffentlichen Haushalte durch Sparanstrengungen zu konsolidieren. Sie spart sich das Sparen. Mit der Vorlage des Haushaltbegleitgesetzes und des Steueränderungsgesetzes hat sie gezeigt, dass sie vor allem durch Steuererhöhungen setzt. Denn Kürzungen im Bundeshaushalt sind nur in ganz geringem Maße geplant.

Wir in Niedersachsen haben dagegen gezeigt, dass man sehr wohl mit einer strikten Sparpolitik und ohne Steuererhöhungen, den Landeshaushalt konsolidieren kann. Wir haben in den vergangenen Jahren das Defizit jährlich um 350 Mio. Euro zurückgeführt, um die Verschuldung in den Griff zu bekommen. Und wir werden diesen Weg konsequent weiterverfolgen, damit wir spätestens 2012 einen Haushalt ohne Neuverschuldung präsentieren können.

(Mehrwertsteuer und Maastricht-Kriterien)

Ein weiteres Argument aus dem Munde des Bundesfinanzministers ist: Man bräuchte die Mehrwertsteuererhöhung, um die Maastrichtkriterien zu erfüllen.

Ich sage dagegen: Deutschland wird auch ohne weitere Mehrwertsteuermilliarden bereits in diesem Jahr die Maastrichtkriterien erfüllen. Das haben die EU-Kommission und verschiedene Wirtschaftsforschungsinstitute gerade festgestellt.

Anrede,

Wir brauchen nicht weitere Steuererhöhungen sondern eine wachstumsfreundliche Politik! Auch damit ließe sich die Nettoneuverschuldung automatisch unter die magische 3-Prozent-Marke senken – und zwar nachhaltig. Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute gehen sogar davon aus, dass Deutschland im nächsten Jahr sogar unter 2 Prozent Neuverschuldung bleiben wird.

Fazit

Anrede,

die Bundesregierung setzt mit der beschlossenen Mehrwertsteuererhöhung und vielen anderen steuerpolitischen Maßnahmen offensichtlich vor allem auf höhere Einnahmen. Eine wirkliche Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist aber nur durch mehr Wachstum, mehr Arbeitsplätze und durch wirkliche Strukturreformen vor allem bei den sozialen Sicherungssystemen zu erreichen. Hierzu fehlt der Bundesregierung aktuell offensichtlich die notwendige Kraft.

Die strukturellen Ursachen der geringen wirtschaftlichen Dynamik und der hohen Arbeitslosigkeit wie z.B. die hohen Lohnzusatzkosten, die im internationalen Vergleich viel zu hohen Unternehmenssteuern und die überbordende Bürokratie sind nicht behoben.

Auf diesen Feldern muss die Große Koalition auf Bundesebene endlich tätig werden.

Meine Damen und Herren,

Die Große Koalition darf sich jetzt nicht zufrieden zurücklehnen sondern muss die notwendigen Strukturreformen endlich anpacken. Die Einigung bei der Gesundheitsreform auf den kleinsten gemeinsamen Nenner lässt den notwendigen Reformmut leider schon jetzt – noch nicht einmal 10 Monate nach Beginn der neuen Bundesregierung – vermissen.

(Aktive Wirtschafts- und Verkehrspolitik auf Landesebene)

Doch jetzt zur Landespolitik:

Die niedersächsische Landesregierung verfolgt eine nachhaltige, wachstumsorientierte Politik, um Niedersachsen nach vorn zu bringen.

Dazu gehört eine **solide und verlässliche Finanzpolitik**. Durch eine erneute Absenkung der Neuverschuldung um 350 Mio. Euro wird der niedersächsische Landeshaushalt im nächsten Jahr wieder den Vorgaben der Landesverfassung entsprechen, d.h. die Höhe der Neuverschuldung wird unter der Summe der Investitionen liegen. Niedersachsen hat dann als bisher einziges Bundesland fünfmal in Folge die Neuverschuldung senken können.

Ein weiterer Schwerpunkt ist der **Bürokratieabbau**. Eine effiziente und schlanke Verwaltung, schnelle Genehmigungsverfahren und Bescheide sind ein wichtiger Standortvorteil im nationalen wie auch im internationalen Wettbewerb. Im Rahmen einer umfassenden Deregulierungsoffensive hat die Landesregierung nicht nur die Bezirksregierungen abgeschafft sondern zahlreiche Gesetze und Verordnungen aufgehoben sowie die Zahl der Rechtsvorschriften um mehr als ein Drittel reduziert. Dazu gehört auch die Überarbeitung der niedersächsischen Bauordnung, die wir verschlanken und investorenfreundlicher gestalten wollen.

Ein weiterer ganz wichtiger Baustein unserer Wachstumspolitik ist die **Innovationspolitik**. Sie lässt sich auf eine einfache Formel bringen: „Wir müssen besser sein als wir teurer sind.“ Deshalb haben wir als Landesregierung z.B. das Innovationszentrum gegründet, um Zukunftstechnologien zusammen mit den Unternehmen voran zu treiben. Das reicht von Neuen Materialien, die z.B. für den Bau des neuen Airbus A 380 unverzichtbar sind, über die Nutzung der Brennstoffzellentechnologie bis sind zur Medizintechnik. *(ggf. Hinweis auf die aktuelle Transrapiddebatte)*.

Ein weiterer Schwerpunkt meiner Wirtschaftspolitik ist die **Internationalisierung**, also die globale Ausrichtung der niedersächsischen Wirtschaft. Mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen wie der Messförderung, den Delegationsreisen, dem

Niedersachsen US Business Center in Atlanta und unseren Repräsentanzen in Moskau und Warschau und bald auch Shanghai wollen wir die Exportstärke der niedersächsischen Unternehmen weiter steigern.

Last but not least ist **eine moderne und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur** ein ganz entscheidender Standortfaktor. Mit Investitionen wie dem geplanten Bau des Tiefwasserhafens JadeWeserPort oder der Küstenautobahn A 22 schaffen wir eine neue (zweite) wirtschaftliche Entwicklungsachse im Land neben dem Mittellandkanal (und zugleich wichtige Impulse, die auf das ganze Land ausstrahlen werden). Große Investitionsvorhaben wie z.B. des Chemiekonzerns Ineos und der Energiekonzerne ConocoPhillips und E.ON-Ruhrgas tragen maßgeblich zur langfristigen Stärkung der Wirtschaftskraft in Niedersachsen bei.

(Schluss)

Anrede,

sie sehen mit einer breit angelegten Strategie verfolgt die Landesregierung das **Ziel**, Niedersachsen zu einer der wachstumsstärksten und innovativsten Regionen in der EU zu machen! Und ich habe den Eindruck, dass wir dabei in den vergangenen 3 Jahren sehr gut vorangekommen sind.

Ich wünsche Ihnen nun anregende Gespräche und Ihren Unternehmen weiterhin viel Erfolg.